



Irreguläre Migration beenden Innere Sicherheit wiederherstellen

Die illegale Migration nach Deutschland hat ein nicht mehr tragbares Ausmaß erreicht. Die Kommunen sind an der Grenze ihrer Aufnahmekapazitäten, Schulen sind an der Grenze ihrer Integrationskapazitäten und viele Bürgerinnen und Bürger sind an der Grenze ihrer Geduld angekommen. Die Tattaten von Mannheim und Solingen, Forderungen auf offener Straße nach Errichtung eines Kalifats, die massive Zunahme von Messerangriffen und antisemitischer, islamistischer Gewalt – all das sind Kampfansagen an unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und die innere Sicherheit. Längst wird illegale Migration auch als Teil hybrider Kriegsführung gezielt zur Destabilisierung der Europäischen Union und Deutschlands eingesetzt. Unser Staat muss darauf nicht mit Arbeitskreisen, sondern mit Entscheidungen und dem Rechtsstaat hart und konkret beantworten.

Die folgenden Maßnahmen sind dabei für die CDU/CSU entscheidend:

1. **Grenzkontrollen ausweiten.** Offene Binnengrenzen brauchen funktionierende Außengrenzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der EU-Grenzschutz ausgeweitet und die Fluchtrouten nach Europa geschlossen werden. Gleichzeitig gilt: Solange ein gesamteuropäischer Grenzschutz nicht konsequent gewährleistet ist, müssen wir unsere Grenzen selbst schützen.
2. **Zurückweisungen vornehmen.** Bei diesen Grenzkontrollen müssen konsequente Zurückweisungen von Asylbewerbern erfolgen.
3. **Aufnahme von Syrern und Afghanen stoppen.** Wir können keine weiteren Personen aus Syrien und Afghanistan aufnehmen.
4. **Pull-Faktoren beseitigen.** Die Ampel-Bundesregierung hat in den letzten Jahren zusätzliche Anreize gesetzt, um nach Deutschland zu kommen. Diese Anreize werden wir wieder beseitigen. Dazu gehört, dass wir die Express-Einbürgerung der Ampel beenden und die „Doppelte Staatsbürgerschaft“ von der Regel wieder zur Ausnahme machen.
5. **Begrenzung der Zuwanderung wieder als Zweck des Aufenthaltsgesetzes definieren.** Die Aufnahme- und Integrationskapazität unseres Landes hat eine Belastungsgrenze. Diese Realität muss sich im Aufenthaltsgesetz auch genauso abbilden.
6. **Ausreisepflicht besser durchsetzen.** Dazu gehört, die Wiederaufnahme von Abschiebungen – vor allem Straftätern und Gefährdern – nach Syrien und Afghanistan und die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten in einem ersten Schritt um die Staaten Algerien, Marokko, Tunesien und Indien.
7. **Der Bundespolizei mehr Kompetenzen geben.** Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen.
8. **Kein Schutz für Flüchtlinge, die in ihre Heimat reisen.** Wo man Urlaub macht, wird man offenkundig auch nicht verfolgt. Deshalb wollen wir, dass das deutsche und ggfs. europäische Recht so geändert wird, dass ein Schutzstatus automatisch erlischt, wenn eine Reise ins Heimatland unternommen wird.
9. **Drittstaaten-Lösung einführen.** Wir wollen ein Konzept der „sicheren Drittstaaten“ realisieren. Jeder, der in Deutschland Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden können und dort ein Verfahren durchlaufen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



das Thema Migration bewegt die Menschen in Deutschland seit vielen Monaten, wegen der Überforderung unserer sozialen Infrastruktur, aber auch wegen zunehmender Kriminalität. Nicht zuletzt der Terrorakt von Solingen zeigt: So wie es ist, kann es nicht weitergehen. Klar ist, dass Deutschland ein offenes

Land bleiben muss. Viele Migranten leben und arbeiten hier. Sie sorgen dafür, dass Sozialeinrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Schulen und Unternehmen und vieles andere in Deutschland laufen. Aber Deutschland darf vor zwei Entwicklungen die Augen nicht verschließen: Die Zahl der noch nicht integrierten Migranten in Deutschland ist zu hoch. Und eine Minderheit dieser Gruppe will sich nicht an die Regeln in unserem Land halten. Deshalb müssen wir politisch und per Gesetz steuern und entscheiden, wer zu uns kommen darf und wer nicht.

Die Ampel-Bundesregierung hat allerdings keine Kraft für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik, um die Entwicklungen wirksam zu bekämpfen. Die von der Bundesinnenministerin vorgelegten Vorschläge bleiben sehr weit hinter dem zurück, was jetzt notwendig wäre und möglich ist. Unser Ziel als Union bleibt, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen. Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen auf die Dauer überflüssig machen. Solange das aber offensichtlich nicht funktioniert, treten wir für wirksame Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ein. Und diese müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können. Nur so lässt sich der illegale Zustrom nach Deutschland stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten keinen Ampel-Minimalkompromiss, der doch wieder nicht ändert, sondern die Lösung des Problems. Diese Tatenlosigkeit der Bundesregierung, für die Bundeskanzler Olaf Scholz die Verantwortung trägt, ist eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel kapituliert vor der Herausforderung der irregulären Migration.

Wir stehen daher für Scheinlösungen und endlose Gespräche in immer neuen Arbeitsgruppen und sonstigen Gesprächsformaten nicht zur Verfügung, sondern nur für eine echte Reform und Problemlösung. Die nun tatsächlich notwendigen Maßnahmen für eine neue Asyl- und Migrationspolitik sind bekannt. Es gibt keinen Redebedarf, sondern Handlungsbedarf.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Kernforderungen für den modernen Staat Deutschland

Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates ist von zentraler Bedeutung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen. Die Menschen in unserem Land erwarten, dass ihre Steuern und Abgaben eine funktionierende Verwaltung finanzieren, die ihnen und dem öffentlichen Interesse dient. Deswegen fordert die CDU/CSU-Fraktion:

Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik:

Der Erfolg eines staatlichen Programms darf sich künftig nicht mehr am Umfang der verausgabten Mittel orientieren, sondern an der Erreichung von klar definierten Zielen und Indikatoren. Nicht das Mehr an Geld zählt, sondern die tatsächliche Wirksamkeit eines staatlichen Programms.

Europäische Vorgaben nur 1:1 umsetzen:

Europäische Richtlinien wollen wir künftig 1:1 in nationales Recht umsetzen; eine nationale „Übererfüllung“ von europäischen Standards werden wir grundsätzlich nicht mehr vornehmen. Wir unterstützen das Ziel der Europäischen Kommission, 25 Prozent der Berichtspflichten für Unternehmen zu streichen.

Gesetze sollten grundsätzlich nur noch zum 1. Januar und 1. Juli in Kraft treten.

Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Bundesverwaltung modernisieren:

Unser Ziel ist es, die Anzahl der 962 nachgeordneten Bundesbehörden durch Zusammenlegungen und den Abbau von Redundanzen massiv zu reduzieren. Dazu gehört auch, den Personalbestand in den Bundesministerien und in bestimmten nachgeordneten Behörden signifikant zu senken.

Anzahl der „Beauftragten“ der Bundesregierung auf Mindestmaß reduzieren:

Wir wollen, dass die jeweilige Ministerin oder der jeweilige Minister, unterstützt von den Fachabteilungen seines Ressorts, Verantwortung für alle Themen des jeweiligen Geschäftsbereichs übernimmt.

Bundesministerien verschlanken:

Standardisierte oder standardisierbare Aufgaben wie Personalmanagement, IT-Dienstleistungen, Compliance, Datenschutz und Vergabe wollen wir aus den Ministerien herauslösen und in leistungsfähigen zentralen Service-Einheiten zusammenfassen.

Praxistauglichkeit von Gesetzen stärken:

Es darf kein Gesetz mehr ohne einen DigitalCheck verabschiedet werden. Digitalisierung des Bundes muss zentral koordiniert und durchgesetzt werden.

Wir setzen auf „once only“:

Jede Bürgerin und jeder Bürger soll seine Daten künftig nur noch ein einziges Mal gegenüber staatlichen Stellen angeben müssen; der Informationsaustausch zwischen den staatlichen Stellen läuft anschließend automatisch.

Internationale Handlungsfähigkeit stärken:

Wir setzen uns mit Nachdruck für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt ein, in dem die wichtigsten Erkenntnisse aus den Auslandsvertretungen, den Sicherheitsbehörden, den Ressorts und den Nachrichtendiensten in Echtzeit zusammenfließen.

Digitalisierung zur Bekämpfung und Verfolgung von Kriminalität:

Wir treten für eine umfassende Vernetzung der bei den Sicherheitsbehörden vorhandenen Daten ein.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2024,
13. September 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck